Abend-Ausgabe. Nr. 598. Berlin, Mittwoch, den 21. Dezember 1892.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.

Nr. 598. Abend-Ausgabe. Berlin, Mittwoch, den 21. Dezember 1892.

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig, — für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgräter-Straße № 15, und die bekannten Spediteure. — Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Wir ersuchen unsere Leser, das Abonnement auf die **„Kreuzzeitung"** für das nächste Vierteljahr baldigst zu erneuern. Die Zeitung erscheint **12 mal wöchentlich.** Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich für das Deutsche Reich 9 M. In Berlin werden Bestellungen von den Zeitungsspediteuren, sowie in der Geschäftsstelle der Zeitung, Königgräterstraße 15, zum Vierteljahrs-Preise von 8,50 M., einschließlich des Botenlohns, entgegengenommen. In Auslande nehmen die dortigen Postämter Bestellungen zu folgenden Preisen entgegen: Belgien 13 Frcs. 21 Cts., Holland 8 Fl. 5 Cts., Dänemark 9 Kr. 42 Oe., Italien 12 Frcs. 50 Cts., Norwegen 9 Kr. 30 Oe., Oesterreich-Ungarn 5 Fl. 41 Kr., Rußland 4 Rbl. 80 Kop., Schweden 10 Kr. 22 Oe., Schweiz 16 Frcs. 50 Cts. Bei **täglich zweimaliger direkter** Versendung unter Kreuzband beträgt der Bezugspreis vierteljährlich in Deutschland und Oesterreich-Ungarn 15 M.; für Staaten, nach welchen eine Kreuzband-Sendung bis zu 50 Gramm 5 Pf. beträgt, 18 M., und für Staaten, nach welchen eine Kreuzband-Sendung bis zu 50 Gramm 10 Pf. beträgt, 26 M. 50 Pf. Bestellungen auf diese Art der Versendung sind entweder an die Geschäftsstelle der Neuen Preuß. (Kreuz-) Zeitung zu richten, oder bei dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 in Köln (Rhein), welches den Zeitungs-Verkehr an Bezieher der Zeitung in Frankreich, England, Spanien, Portugal und allen außereuropäischen Ländern vermittelt, zu beantragen.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Köln, 21. Dezember. (D. B. H.) Die Sozialisten beriefen gestern Abend eine Versammlung Arbeitsloser, von denen etwa 2000 erschienen waren. Ein Versuch, dieselben in das sozialistische Lager hinüberzuziehen, hatte anscheinend Erfolg. Es wurde die Absendung einer Deputation an die städtischen Behörden beschlossen.

Regensburg, 21. Dezember. (D. B. H.) Am 28. Dezember findet in München eine Beratung von Zentrumsabgeordneten statt zur Beschlußfassung über einen dort abzuhaltenden großen Parteitag.

Triest, 21. Dezember. (H. T. B.) In der vergangenen Nacht verhaftete die Polizei drei jüngere Burschen; diese Verhaftungen werden mit politischen Gründen motivirt.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.) Der Verwaltungsrath der Suez-Kanal-Gesellschaft beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage, ob bei der unverweilchen Anwesenheit zweier seiner Mitglieder die satzungsmäßige Erfüllung der Obliegenheiten der Gesellschaftsorgane möglich sei. Die Berathung ergab Einmüthigkeit darüber, daß die gegenwärtige Lage der Gesellschaft aufrecht erhalten werden solle.

Paris, 21. Dezember. (W. T. B.) Eine außerordentliche Versammlung des Verwaltungsraths der Suez-Kanal-Kompagnie designirte den Senator Guichard an Stelle v. Lesseps zum Präsidenten der Gesellschaft.

Paris, 20. Dezember. (W. T. B.) Durch einen anonymen Brief erhielt die Panama-Untersuchungs-Kommission Kenntniß davon, daß Thierrée die Talons der bekannten Checks habe photographiren lassen. Der Polizei-Kommissar hat alsdann die Photographien beschlagnahmt; später gestand Thierrée, daß er die Talons nicht vernichtet, sondern dieselben bei einem Notar hinterlegt habe, bei dem sie auch wirklich vorgefunden wurden. — Im Auftrage der Kommission wurden heute Vormittag weitere Papiere in dem Bankhause Propper mit Beschlag belegt.

Paris, 20. Dezember, Abends. (W. T. B.) In den Wandelgängen der Kammer herrschte während und nach der Sitzung lebhafte Bewegung. Vielfach wurde die Meinung geäußert, daß der General-Prokurator neben den Scheckschnitten über erste Vorrechte verfügen müsse. Auch die Abendblätter verlieh unter starker Betheiligung in sehr erregter Stimmung.

Paris, 21. Dezember. (H. T. B.) Zusätze der verschiedenen Beleidigungen, welche sich Clemenceau und Déroulède in der gestrigen Kammersitzung zuriefen, hat Déroulède an Clemenceau seine Zeugen gesandt. Man ist der Ansicht, daß weitere Duelle erfolgen werden. In der Kammer herrschte von dem Augenblick an, an welchem Déroulède seine Beschuldigungen gegen Clemenceau, Herz und andere verbrachte, Tumult. In sämmtlichen Wandelgängen und in den Theatern bildeten die Kammersitzungen fast das einzige Gesprächsthema.

Paris, 21. Dezember. (W. B. H.) Reuviers (Einzelständig) in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer, Gelder von der Panamagesellschaft erhalten zu haben, zwecks Füllung der Geheimfondskasse, sowie seine Behauptung, alle seine Vorgänger hätten in ähnlicher Weise die Geheimkassen aus Privatquellen zwecks Vertheidigung der Republik gefüllt, machte einen unbeschreiblichen Eindruck. Reuviers Antwort an protestirende Abgeordnete: Hätte ich das Geld nicht genommen, wären Sie nicht gewählt! — Nach viel hin- und her- und Clemenceau und Rouvier setzten durch Gestus Entfüllungen, lenkte durch die Anrufe Déroulèdes und Millevoyes schwer kompromittirt, besonders nachdem Déroulède konstatirt, es sei den Beulanquisten Geld angeboten, welches diese aber abgelehnt hätten. Clemenceaus Vertheidigung von Cornelius Herz war sehr unglücklich. Clemenceau tadelte seine Zeugen an Déroulède, Millevoye beschuldigt Clemenceau, mehrere Millionen empfangen zu haben, und beschimpfte Floquet in unerhörter Weise. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß gestern die Republik sehr erschüttert wurde. Des Jardins, Floquet werde das Präsidium der Deputirtenkammer niederlegen.

Paris, 21. Dezember. (D. B. H.) Reuviers (Einzelständig) in der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer, Gelder von der Panamagesellschaft erhalten zu haben, zwecks Füllung der Geheimfondskasse, sowie seine Behauptung, alle seine Vorgänger hätten in ähnlicher Weise die Geheimkassen aus Privatquellen zwecks Vertheidigung der Republik gefüllt, machte einen unbeschreiblichen Eindruck. Reuviers Antwort an protestirende Abgeordnete: Hätte ich das Geld nicht genommen, wären Sie nicht gewählt! — Nach viel hin- und her- und Clemenceau und Rouvier setzten durch Gestus Entfüllungen, lenkte durch die Anrufe Déroulèdes und Millevoyes schwer kompromittirt, besonders nachdem Déroulède konstatirt, es sei den Beulanquisten Geld angeboten, welches diese aber abgelehnt hätten. Clemenceaus Vertheidigung von Cornelius Herz war sehr unglücklich. Clemenceau tadelte seine Zeugen an Déroulède, Millevoye beschuldigt Clemenceau, mehrere Millionen empfangen zu haben, und beschimpfte Floquet in unerhörter Weise. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß gestern die Republik sehr erschüttert wurde. Des Jardins, Floquet werde das Präsidium der Deputirtenkammer niederlegen.

Paris, 21. Dezember. (D. B. H.) Heute Morgen finden Haussuchungen bei den angeklagten Deputirten ... Senatoren statt. Eine neue Serie von Schecks wurde aufgefunden, zahlreiche Abgeordnete und Senatoren sind durch dieselben kompromittirt. Die Talons von Thierrées Schecks lieh Constans seinerzeit photographiren. Die Abzüge waren im Besitz von Constans, Andrieux und Cottu. Der Photograph verriet die Sache und lieferte die Blätter ab, worauf Thierrée eingestand, die Talons bei einem Notar hinterlegt zu haben. Millevoye und Déroulède forderten Clemenceau. — Picker Leffers weigerte sich, der Untersuchungs-Kommission Auskunft zu ertheilen. — Die Anarchisten machten in der vergangenen Nacht Maueranschläge, die sich auf den Panamaskandal beziehen.

Paris, 21. Dezember. (D. B. H.) Bis in die späte Nacht herrschte unbeschreibliche Aufregung auf den Boulevards und in den Klubs. Seit dem Sturze von Thiers hat keine derartige Erregung geherrscht. Die extreme Linke und die Rechte fordern die Auflösung des Parlaments. Der „Gaulois" veröffentlicht eine Unterredung mit Andrieux, wonach Beweise nicht gegen alle Abgeordneten und Senatoren vorangegangen. Die Anklagen lauten sich auf Checks von Thierrée, während eine viel größere Anzahl Senatoren und Deputirten Checks Arten erhielten. Letztere seien noch nicht aufgefunden.

London, 21. Dezember (W. T. B.) Ein Telegramm der „Times" vom 9. d. M. aus Pekedama, eingegangen über Victoria-Columbia am 20. d. berichtet, die Gesinnung des Kaiserlich japanischen Parlaments sei am 29. November durch den Kaiser entlastet. Der Finanzminister habe angekündigt, die Regierung werde 16 Millionen Dollars zur Verstärkung der Marine verlangen. Der Betrag werde auf 17 Jahre vertheilt werden.

Manchester, 21. Dezember. (W. T. B.) Die Spinnereibesitzer von Nordost- und Nord Lancashire haben die Arbeit auf 3 Tage in der Woche beschränkt, um dadurch die Arbeitgeber in den anderen Distrikten zu unterstützen.

Rom, 20. Dezember. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer berieth heute über den Gesetzentwurf betreffend die Verlängerung des Privilegiums der Emissions-Banken auf drei Monate. — Colajanni (äußerste Linke) beantragt zugleich im Namen von zehn Abgeordneten eine Verlängerung des Privilegiums um sechs anstatt um drei Monate, sowie die Einsetzung einer parlamentarischen anstatt einer Regierungs-Enquete. Colajanni weist auf die Gerüchte hin, nach welchen falsche Billets eines Emissions-Institutes im Umlauf wären und die Portefeuilles von Emissions-Banken Wechsel von geringem Werthe enthielten, deren Acceptirung nur infolge von Pression erfolgt sei. Er behaupte, daß sich bei der letzten Revision der Banca Romana schwere Unregelmäßigkeiten ergeben hätten, daß unter anderem für vier Millionen keine Garantie-Verbindlichkeit bestehe, daß neun Millionen Noten existiren, deren Kreirung nicht aus den Protokollen der Bank hervorgehe und daß der Notenumlauf einen Mehrbetrag von 25 Millionen aufweise. — Der ehemalige Minister Miceli, welcher seiner Zeit die letzte Revision der Bank angeordnet hatte, erwidert, Colajanni spreche von Thatsachen, die er nicht kontrolirt habe, es existire kein Umlaufs-Ueberschuß von 25 Millionen, auch bestünden keine anderen tadelnswerthen Zustände; es sei nicht gestattet, in der Kammer zu behaupten, daß die Regierung unregelmäßige Zustände dulde. Unregelmäßigkeiten seien allerdings vorgekommen, aber keine ernsten Unzukommlichkeiten; die vorgefundenen Unregelmäßigkeiten habe die Regierung alsbald abgestellt. — Der Ministerpräsident Giolitti führt aus, die Revision, um die es sich handele, sei vor drei Jahren erfolgt; damals seien alle nothwendigen Verkehrungen getroffen worden. Es habe den Anschein, als ob die Strömung der Verleumdung, die in einem anderen Lande begonnen habe, hier ihre Fortsetzung finden möchte. (Beifall.) Er (Giolitti) werde auch nicht einen Augenblick an seinem Platze bleiben, wenn die Kammer nicht die parlamentarische Enquete verwerfe. — Crispi und Rudini erklären unter dem Beifall der Kammer ihre Zustimmung zu der Erklärung Micelis und sprachen sich für Ablehnung der parlamentarischen Enquete aus. Rudini ersucht Giolitti, nicht die Vertrauensfrage zu stellen, um die Einmüthigkeit zu sichern und zu beweisen, daß das Parlament ruhig verhandeln könne. — Giolitti erwidert, es sei für das Inland wie für das Ausland von Wichtigkeit zu wissen, daß gewisse Beschuldigungen in der Kammer nur geringfügigen Anklang finden. (Sehr gut.) Der Revisionsgesetzentwurf wurde jedoch (wie schon erwähnt) in geheimer Abstimmung mit 316 gegen 27 Stimmen angenommen. Das Resultat der Abstimmung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Christiania, 26. Dezember. (W. T. B.) Das Komitee, welches den Transport des Wikingerschiffes nach der Aufstellung in Chicago übernommen hat, ernannte in seiner heutigen Sitzung den Redakteur der „Norges Sjöfartstidende" Kapitän Magnus Andersen einstimmig zum Führer des Schiffes.

Sofia, 21. Dezember. (W. T. B.) Dem Vernehmen nach wird der Präsident der Sobranje Karkoff zum Justizminister ernannt werden an Stelle des definitiv zum Finanzminister ernannten bisherigen Justizministers Salabaschoff.

Washington, 20. Dezember. (W. T. B.) Das gemeinsame Komitee des Kongresses ernannte ein Subkomitee aus Mitgliedern des Senates und der Repräsentantenkammer, um eine Vorlage über die Aufhebung der Einwanderung vorzubereiten. Dasselbe dürfte zu dem Beschlusse gelangen, daß es nothwendig sei, Maßregeln zu ergreifen, um eine Einschleppung der Cholera zu verhüten.

New-York, 20. Dezember. (W. T. B.) Die Handelskammer sprach sich zu Gunsten der Annahme eines nationalen Quarantäne-Gesetzes aus.

Der Kulturkampf in Ungarn.

Die Bischofs-Konferenz, welche in der Vorwoche in Pest tagte, reicht weit über die Bedeutung ähnlicher Berathungen bei anderen Anlässen hinaus, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß im Ausschlusse an dieselbe alter Voraussicht nach sich eine tiefgehende Aenderung der politischen und Parteiverhältnisse in Ungarn vollziehen dürfte. Während derselben Zusammentretungen sonst häufig einen informativen Charakter tragen und dadurch nur einen akademischen Werth haben, weist die Pester Episkopal-Konferenz unzweifelhaft darauf hin, daß man von betheiligter Seite zu Thaten schreiten will.

Was in Ungarn, wie in anderen katholischen Staaten der regen Betheiligung der Laienwelt am kirchlichen Leben Eintrag gethan hat, war der Umstand, daß dieselbe von der Verwaltung und Organisation der mit der Kirche zusammenhängenden, sikularen Angelegenheiten so gut wie ausgeschlossen war. Die Frage der Regelung der katholischen Autonomie in Ungarn bildete nun einen der Hauptgegenstände der Berathung der letzten Bischofskonferenz und es wurden in dieser Hinsicht sehr weitreichende Beschlüsse gefaßt. Auf Antrag des Bischofs Dr. Schlauch wurde die Aufbringung eines Kapitals von 20 Millionen Kronen seitens der fundirten Orden, Abteien, Pfarrsteien und Kapiteln Ungarns zum Zwecke der Bildung eines Fonds behufs Aufbesserung der Congrua für den Weltgeistlichkeit, die Förderung, Unterstützung und eventuell Gründung katholischer Lehranstalten beschlossen. Mit der Verwaltung und Leitung dieses Fonds wird ein aus sieben geistlichen und sieben weltlichen Mitgliedern unter dem Vorsitze des Fürstprimas von Ungarn eingesetztes Komitee betraut, das zugleich den Landesrath für die katholische Autonomie bildet. In der am letzten Sonnabend abgehaltenen Schlußkonferenz wurden von dem versammelten Episkopate die Bischöfe Schlauch, Schuster, Steiner, Hornig, Dessephan, Fircsak und der Erzabt von Martinsberg Scher in dieses Komitee delegirt und aus den katholischen Abgeordneten aller parlamentarischen Parteien wird der Primas sieben katholische Mitglieder in dasselbe berufen. Zugleich wurde die Abhaltung eines allgemeinen ungarischen Katholikentages beschlossen, dessen Zeitbestimmung der Episkopat sich vorbehalten hat, und zugleich wurde die energische Opposition, gegen die eklatantesten Zivilehe und ebenso gegen die Einführung der Zweikmatrikel beschlossen. An alle katholisch gesinnten Abgeordneten ohne Unterschied der politischen Parteistellung ist die Aufforderung ergangen, der Regierung in den kirchenpolitischen Fragen energische Opposition zu machen; und Graf Ferdinand Zichy, das führende Haupt des katholischen Heckadels, ist mit einer Kundgebung hervorgetreten, welche ein festes Programm der katholischen Mehrheit des Magnatenhauses enthält.

Mit allen diesen Schritten ist die Einleitung zu einem Hauptschlage auf politischem Gebiete, nämlich der Gründung einer katholisch-konservativen Partei, geschehen. Seit dem 1867er Ausgleiche existirt eine solche bekanntlich nicht mehr. Denn das unumschränkt herrschende, liberal-freimaurerische System hat es nicht ohne Zuhilfenahme seines leider allmächtigen Einflusses auf die Krone verstanden, jede Ausbreitung des konservativen Gedankens zu verhindern, sondern die früher bestandene katholisch-konservative Partei-Organisation vollständig aufzulösen. Jahrzehntelang hat man diesem Vorgehen des stets mehr verfahrenden Liberalismus in der Wiener Hofburg thatenlos, ja durch die unwidersprochene Duldung fördernd zugesehen. Lange Zeit hindurch verhielt man sich ablehnend gegen jene warnenden Stimmen, welche die verderblichen Folgen einer so einseitigen Begünstigung des chauvinistischen Liberalismus insbesondere für die dynastische Idee darlegten. Und erst der blutigen Beleidigungen, denen das monarchische Prinzip im Laufe des heurigen Jahres in Ungarn ausgesetzt war, bedurfte es, um an maßgebender Stelle volle Klarheit über den schließlich unvermeidlichen Ausgang einer solchen Politik zu schaffen. Der energische und zielbewußte Vorstoß, den nun in jüngster Zeit die konservativ und damit selbstverständlich auch monarchisch gesinnten Elemente in Ungarn gegen die extrem chauvinistische, demokratische und antidynastische, am Ruder befindliche Richtung unternommen, wäre nicht mit solcher Einmüthigkeit und solchem Nachdrucke erfolgt, wenn nicht die Anregung dazu von maßgebendster Seite gegeben worden wäre. Und es war hoch an der Zeit hierzu. Die Haltung, welche die Partei Kossuths, die Unabhängigen, gerade in jüngster Zeit eingenommen hat, und die fast vertraulich sich gestaltenden Beziehungen des Kabinets Wekerle zu derselben lassen es im höchsten Grade als dringlich erscheinen, daß diesem unterminirenden Einflusse durch eine zielbewußte, festorganisirte, auf die Massen sich stützende konservative Partei ein fester Damm gesetzt werde. Und welchen Einfluß eine solche Partei, wenn sie nur mit der nöthigen Rücksichtslosigkeit auftreten würde, sofort in die Wagschale der politischen Entscheidungen zu werfen vermöchte, das ist aufs deutlichste aus der Besorgniß zu entnehmen, mit welcher die in Pest herrschende Clique die Entwickelung der Dinge in den Kreisen des Episkopats, des Klerus und des katholischen Hochadels verfolgt. So wenig sicher fühlt sich das Kabinet Wekerle hinsichtlich der breiten Volksmassen, daß es sofort bereit wäre, auf eine Fusion mit der Partei des Grafen Apponyi einzugehen, die früher von dem im Kabinet Szapary befindlichen Ministern, die auch unter Wekerle noch im Amte sind, so heftig bekämpft worden war. Denn die hinter Wekerle stehenden politischen Kreise hoffen, daß der Eintritt Apponyis in die Regierung die Mitwirkung einer konservativen Partei hintanhalten vermöchte. Dann würde, so kalkuliren sie, der hohe Klerus den Kulturkampf nur mit Lauheit führen und es wäre immerhin möglich, selbst im Oberhause eine, wenn auch noch so kleine Majorität für die kirchenfeindlichen Gesetze Wekerles zu verlangen.

Der Kalkül ist aber für den Kenner der ungarischen Verhältnisse falsch. Viel mehr als bei dem Episkopate liegt die Entscheidung über die Bedeutung und Ausdehnung des Kulturkampfes bei dem niederen Klerus und den breiten Volksmassen, in denen, wenn auch bisher unausgesprochen oder vielmehr gewaltsam unterdrückt, der antijesuitische Zug sich überaus fühlbar macht. Und würde auch der ungarische Episkopat gegenüber der Regierung noch so weich und biegsam sein, der von unten ausgeübte Widerstand, das Resultat eines unerträglich gewordenen Druckes von oben, würde sich so intensiv geltend machen, daß die Kirchenfürsten sich ihm kaum zu entziehen vermöchten. Es wird dies aber um so weniger der Fall sein, als den nun sich abspielenden Ereignissen die Kreise nicht mit derselben stillen Duldung zusehen darf, die sie aus vielleicht falsch verstandenem Konstitutionalismus bisher bethätigt hat. Denn selbst in der konstitutionellen Monarchie muß der Monarch ein Faktor sein, der sich nicht selbst aufgeben darf, vielmehr seine erste und entscheidende Stellung im eigenen, wie im Interesse des ganzen Systems mit Nachdruck und Würde behaupten muß.

Die Vereinigungsbestrebungen der katholischen und der orthodoxen Kirche.

Die sowohl von vatikanischer als von russischer Seite gehörte Erörterung der Frage der Vereinigung der orthodoxen mit der katholischen Kirche gestaltet sich neuestens immer lebhafter. Beziehungsweise hat, wie uns aus Rom berichtet wird, ein Schreiben des Oberprokurators des h. Synods, Pobedonosow, an den Kardinal Vina. Nuntiatelli empfohlen, allen „kleinlichen Glaubensstreitigkeiten" zu entsagen, und hat dieses Schreiben, das auch von dem „Moniteur de Rome" verehrungt wird, der aber mit deutlichen polemisirt, in dem vatikanischen Organ „Voce della Verità" ein lebhaftes Echo gefunden, welches Blatt die Hoffnung aussprickt, daß „ob die Weisheitsgeist der katholischen Kirche, die sich schon längst dem griechischen, armenischen und syrischen Ritus aufgeschlossen habe, ohne Schwierigkeit auch mit der russischen Kirche vereinigen werde". Desgleichen verehrungt der „Moniteur de Rome" unter Zustimmung einen Artikel des griechischen Blattes „Kirche" (Thärd), betreffend die Absicht von Fokkurts, eine Vereinigung der orientalischen und occidentalen Kirchen im Interesse des Katholizismus selbst anzubahnen, wodurch der Orient einen europäischen Anstrich gewinnen solle. Endlich giebt der „Moniteur de Rome" ein Schreiben des Bischofs Strossmayer an den Rev. D. France wieder, welcher für diese Vereinigung der Kirchen eingetreten und deshalb von Bischof Strossmayer belobt wird. All dies sind für sehr bemerkenswerthe Anzeichen dafür, wie lebhaft man sich im Vatikan für die erwähnte Frage interessirt.

Angesichts dieser Erscheinungen ist ein Schreiben, das uns aus Lemberg zukommt, mit Rücksicht darauf von Interesse, daß einerseits in Galizien die Uebertritte von einer Kirche zur anderen am häufigsten vorkommen und die Auswanderung der Ruthenen nach Rußland in der letzten Zeit wieder viel von sich reden machte, andererseits aber die Behandlung, welche die Katholiken in Polen erfahren, seltsame Schlaglichter auf die vatikanisch-russischen Beziehungen wirft, weshalb die Leser, welche sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigen, dieses Schreiben zu beachtenswerther sind. Unser Lemberger Korrespondent schreibt:

„Wie Sie wissen, hat sich der Katholikentag in Lille für die freundlichen Beziehungen des Papstes zu Rußland begeistert und sich für die Vereinigung der Orthodoxie mit dem Katholizismus interessirt. Es verdient dabei eine energische Hervorhebung Beachtung, welche der „Przegląd" den Beschlüssen jener Versammlung zu Theil werden läßt. „Przegląd" wendet sich „so laut, daß es ganz Europa hören soll", gegen die Beschlüsse des Katholikentages in Lille. „Der Franzose", sagt das Blatt, „haben überaus schwache Vorstellungen von russischen Verhältnissen und haben kein Recht, im Namen der katholischen Welt zu sprechen. Da es die regierungsfreundlichen Katholiken gewesen, die in Lille versammelt waren und sie die Erzählungen, daß der Papst ein Gegner des Dreibundes sei, glaubig hingenommen haben, so glaubten sie auch an das Wohlwollen des Papstes für das Zarenreich und beschlossen, ihrerseits zu dieser Intimität beizutragen, indem sie die Frage der Vereinigung der Orthodoxie mit dem Katholizismus aufwarfen. Die französischen Beschlüsse konnte man in Rußland nur theilweise veröffentlichen und mußte sie aus, um der katholischen Kirche in den slawischen Ländern schwere Stöße zu versetzen. Die französischen Katholiken wissen offenbar nicht, daß die russische Gesellschaft kein katholisches Leben führt, daß die Orthodoxie vielmehr nie so streitbar aufgetreten und den Katholizismus nie so sehr hasste, wie jetzt. Die französischen Katholiken mögen keine Frage behandeln, von der sie nichts verstehen, vor allem aber die Religion nicht in die Politik hineinziehen."

So der „Przegląd", dessen Aeußerung wohl kaum eines Kommentars bedarf. Eine Illustration zu den Verhältnissen der nach Rußland ausgewanderten unirten und nicht unirten oder von der unirten zu der nicht unirten Kirche übergetretenen Geistlichen in Rußland bietet übrigens eine Mittheilung des jungruthenischen „Dilo", welche von der „Nowa Reforma" und anderen polnischen Blättern reproduzirt wird. „Dilo" veröffentlichte nämlich einen Bericht aus Chelm in Kongreßpolen, welcher weitere Beiträge zur Leidensgeschichte der aus Galizien ausgewanderten nicht unirten und unirten Geistlichen in Rußland liefert.

Der Korrespondent des „Dilo" schreibt: „die Lage dieser Geistlichen werde mit jedem Tage schlimmer, namentlich seitdem der Erzbischof von Warschau, Flavian, Erzbischof von Chelm geworden ist. Dieser betrachtet die galizischen Priester als Feinde, die keine Rechte haben. Chelm ist ein förmliches Fegefeuer für die Unierten geworden. Die Hälfte der beständig Verfolgten darf kaum mehr frei athmen. Kein Wunder, daß viele Priester die Orthodoxie verlassen haben und in den Schooß der Union wieder zurückgekehrt sind. Die verfolgten Priester Paul Jakesijck, Gerasim Blos und Max Sud irrsinnig geworden. Einige andere sind frühzeitig gestorben. Unlängst hat der Erzbischof drei galizische Priester (Didenil, Smelanski und Ortowski) von einem Ende der Diözese zum andern gejagt und den Priester Konstantin Alexjenko für zwei Monate wegen einer ganz geringfügigen Angelegenheit zum Organisten degradirt. Der Grund solcher Vorgänge liegt, so schließt der „Dilo", hauptsächlich darin, daß der Bischof heute hier und morgen im Kaukasus weilt, sich nur als Pächter der Diözese betrachtet und durch keine Verschriften gegenüber den Priestern gebunden ist."

Die hier mitgetheilten Aeußerungen der erwähnten Blätter verdienen jedenfalls mit Rücksicht auf die Bestrebungen betreffend die Vereinigung der Kirchen Beachtung.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin kehrten gestern Nachmittag um 5 Uhr nach Potsdam zurück. Dort begab sich der Kaiser vom Bahnhofe aus zu Wagen nach dem Kasino des Garde-Jäger-Bataillons, um einer Einladung des Offizier-Korps um 6 Uhr zur Mittagstafel zu entsprechen.

— Am heutigen Vormittage arbeitete Se. Maj. der Kaiser und König von 9½ Uhr an mit dem Chef des Zivil-Kabinets und um 11 Uhr hatte der Geh. Regierungsrath Schmidt die Ehre des Empfanges.

— Ihre Maj. die Kaiserin Friedrich besuchte während der letzten Tage mit der Prinzessin Tochter Margarethe verschiedene Geschäftslokale und am gestrigen Nachmittage verweilte Ihre Majestät längere Zeit im Königlichen Museum im Lustgarten.

— JJ. KK. HH. der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden sind gestern Abend nach Karlsruhe abgereist, um daselbst das Weihnachtsfest im Kreise der Großherzoglichen Familie zu begehen. Ebendahin hat sich auch Se. K. H. der Kronprinz von Schweden begeben, welcher, von Stockholm kommend, vor einigen Tagen zum Besuch bei den Erbgroßherzoglich badischen Herrschaften eingetroffen war und nur mit seiner Gemahlin in Karlsruhe zusammentraf, welche bereits seit längerer Zeit dort bei ihren Großherzoglichen Eltern weilt.

— Se. D. der Erbprinz Reuß j. L. hat nach mehrtägigem Aufenthalte heute Berlin wieder verlassen und sich nach Gera zurückbegeben.

— Der Botschafter Oesterreich-Ungarns am hiesigen Hofe v. Szoegyeni-Marich, ist mit seiner Familie heute aus Wien hier eingetroffen, um nunmehr die Geschäfte der Botschaft persönlich zu übernehmen. Bis zur Beendigung der Renovirungsarbeiten im österreichischen Botschafter-Palais hat der Botschafter eine Wohnung im Hotel „Der Reichshof" bezogen.

— Der Oberst v. Loeillet de Mars, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 21, die Majors Reinhard, à la suite des Garde-Fuß-Artillerie-Regiments und Artillerie-Offizier vom Platz in Danzig, Hennigs, Bataillons-Kommandeur im Füsilier-Regiment Generalfeldmarschall Prinz Albrecht von Preußen (hannoversches) Nr. 73, Bestus, à la suite des Dragoner-Regiments von Bredell und Major der Kommandantur von Altona, Giese, à la suite des Fuß-Artillerie-Regiments Gneisenau (ostpreußisches) Nr. 4 und 1. Artillerie-Offizier vom Platz in Posen, und v. Schwarzhoff vom Generalstabe des 10. Armee-Korps sind mit Urlaub hier eingetroffen. — Der Oberstleutnant v. Goßmann, Abtheilungs-Chef im Kriegsministerium, ist hierher zurückgekehrt. — Der Major Zachariae, Direktor der Militär-Telegraphenschule, hat sich mit Urlaub nach der Provinz Sachsen der Major v. Grattenau, à la suite des Feld-Artillerie-Regiments Generalfeldzeugmeister (1. brand.) Nr. 5 und Kommandeur zum Militär-Kabinet, nach Hannover begeben.

— Der Minister-Resident Annibal Villegas ist aus Hamburg hier angekommen und im Hotel Kaiserhof abgestiegen.

— Der russische Staatsrath Dr. W. v. Schneider traf heute früh aus Petersburg hier ein und nahm im Hotel Kontinental Wohnung.

— Verschiedene Blätter melden, daß der Divisionspfarrer Hofprediger Konsistorialrath D. v. Hase in Potsdam seinen Abschied nachgesucht habe. Der „Reichsb." bemerkt hierzu: Thatsache ist, daß D. v. Hase seit der letzten Truppenvereidigung in Potsdam einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten hat. Zu diesem Alt wurde damals am Abend vor dem Vereidigungstage telegraphisch der Divisionspfarrer Rogge in Berlin an Stelle des Hofpredigers v. Hase, den somit die Predigt zugestellen war, beordert.

Aus Frankreich.

K **Paris**, 19. Dezember. Ein Berichterstatter des „Echo de Paris" will in London Herrn Cornelius Herz gesprochen haben. Letzterer erklärte, daß er nichts weniger als ein Deutscher sei, wiewohl von deutschen Eltern stammend. Er sei amerikanischer Bürger, seine Kinder aber, da er selbst in Besançon geboren sei und in Frankreich lebe, Franzosen. Deutschland wird dieselben seinem Nachbar gewiß nicht streitig machen, denn wenn sie nach dem Vater arten, werden sie sicherlich ebenso wenig wie ein Fidier Lowe Verdacht tragen, irgend einem ihrem Vaterland feindlichen Beutzanger der Zukunft ihre guten Dienste anzubieten. Interessanter als diese Personalfrage sind Herzens angeblich Aeußerungen über seine Beziehungen zu Panama-Enzelnenbeit. „Herr Cornelius Herz", heißt es im „Echo de Paris", „war nicht nur der Freund des Herrn v. Reinach, sondern er unterstützt auch Dr. Freund des Herrn Cornelius Herz. Herr Cornelius Herz" Im vorigen Jahre suchte Clemenceau Herrn Rochefort auf und erklärte ihm dies: „wenn Sie Herrn Constans in Ruhe lassen, so verspreche ich Cornelius Herz, den Minister dazu zu veranlassen, daß er von der Redaktion ihre Amnestie zu Ihren Gunsten beantragt." Rochefort ist aber nicht der Mann, um einen solchen Handel abzuschließen, er suchte die Achsel und schrieb weiter. Nun denn, Herr Constans gilt mit Recht oder Unrecht für den, welcher die „Cocarde" zu ihrem Angriffen auf Herrn v. Reinach entfesselte. Der unerhörliche Baron nahm es übrigens, daß sein Freund, dank seinen Beziehungen in dem ehemaligen Minister, jene Angriffe wurde aufhören lassen können, und das erklärt seinen letzten Besuch. Die Gegenwart Reuviers bei Herz erklärt sich dagegen in ganz anderer Weise, sein Besuch hatte einen ganz persönlichen Zweck. Er kam nicht, um Herrn v. Reinach zu verteidigen, sondern um die Anrufe zum Schweigen zu bringen, die von der „Libre Parole" gegen ihn selbst gerichtet wurden, denn das Drumonthe Blatt führte gegen den ehemaligen Finanzminister eine fürchterliche Kampagne, während es Herrn v. Reinach unbehelligt ließ. Cornelius Herz behauptet im weiteren, der Baron Reinach sei ein guter Freund der „Libre Parole" gewesen, was allerdings wenig glaubhaft erscheint. Da Cornelius Herz gute Beziehungen sowohl zur „Cocarde" wie zur „Libre Parole" gehabt haben will, so erklärt er also daraus, daß sowohl Reinach, wie Reuvier — zu verschiedenen, eigennützigen Zwecken — sich zu ihm begaben.

Dieser Heraldische Bericht, für dessen Richtigkeit ich die Gewähr natürlich nicht übernehme, stellt übrigens nicht nur Reuvier und Reinach, welcher als Schwindler und Dieb bezeichnet wird, sondern auch Clemenceau und Constans bloß. Im übrigen behauptet Herz, daß die beiden Millionen, die er unter Vermittlung des Frankfurter Rothschild von dem Pariser Rothschild einziehen ließ, mit Panama nichts zu thun gehabt hätten. Baron Reinach habe ihm 5 Millionen geschuldet und nur jene 2 zurückgezahlt. Alles das klingt etwas abenteuerlich, wiewohl manches Wahre daran sein mag, zumal das, was auf Clemenceau und Constans Bezug hat. Es wäre allerdings wünschenswerth, daß Herz das sichere London verließe und sich in Paris persönlich zu rechtfertigen suchte.

Der offene Brief Drumonts an Carnot ist insofern symptomatisch, als er das deutliche Bestreben zeigt, auch das Oberhaupt der Republik in den Strudel hinabzuziehen. Es heißt darin wörtlich: „Ich bitte Sie heute nur um eines, nämlich den Blättern durch die Vermittlung der „Agence Havas" folgende Notiz zugehen zu lassen: „Da Herr Drumont zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt ist, so wird er diese Freiheitsstrafe auch verbüßen."